

AfD

Alle gegen alle

Nachdem AfD-Funktionäre aus fünf Bundesländern medienwirksam die Partei verlassen oder ihre Ämter aufgegeben haben, argwöhnen führende AfD-Politiker, dass die kürzlich demonitierte Bundessprecherin Frauke Petry die Austritte provoziert haben könnte. „Eine so große Zahl medial vermarkteter Austritte zur selben Zeit ist wohl kaum Zufall“, sagt Stefan Möller, Landeschef der AfD Thüringen. Seine Stellvertreterin Steffi Brönnert erklärte ihren

Rücktritt, da die AfD sich „ganz nach rechtsaußen/ rechtsextrem hinbewegt“ habe; auch in Berlin, Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt traten AfD-Funktionäre mit Hinweis auf die Übermacht des rechten Parteiflügels zurück, die auch Petry oft kritisiert hatte. Bundessprecher Jörg Meuthen vermutet ebenfalls Petry als treibende Kraft hinter den Rücktritten. „Frauke Petry hat genug Baustellen im eigenen Landesverband“, so Meuthen. „Sie sollte sich vorrangig und im Sinne der Partei erst einmal darum kümmern.“ ama

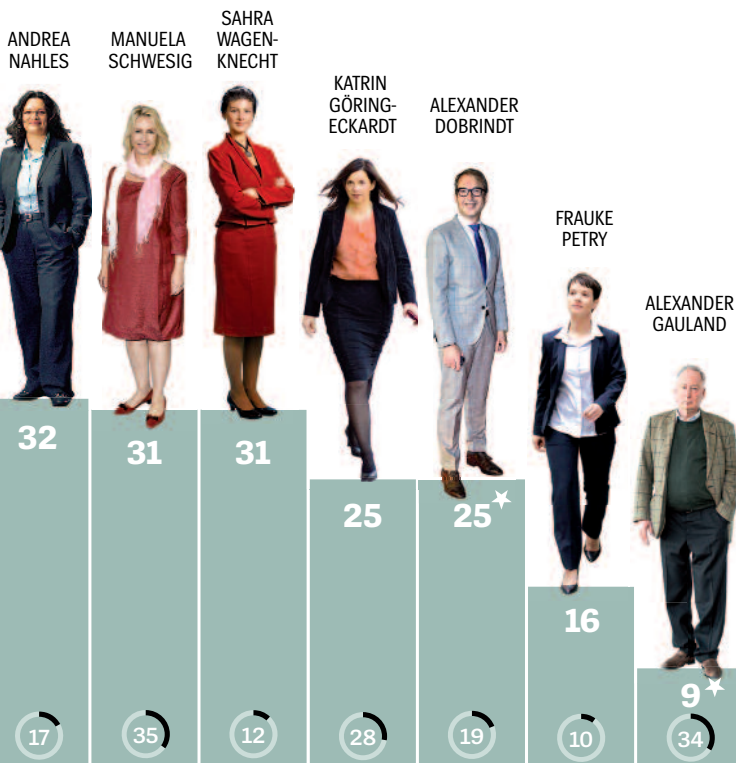
Grüne

Parteichefs bleiben vielleicht länger

Die Grünen werden ihre Parteispitze möglicherweise erst im Januar neu wählen und nicht wie geplant schon im Oktober. Sie wollen nach der Bundestagswahl zunächst über Koalitionsgespräche entscheiden, falls das Ergebnis es hergibt. „Wenn es nach der Wahl konkret um eine grüne Regierungsbeteiligung geht, wird ein Parteitag über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen entscheiden“, sagt der Politische Bundesge-

schaftsführer Michael Kellner. Dies geschähe dann auf dem Parteitag im Oktober; die Wahlen der Parteichefs und des restlichen Vorstands würden auf einen Sonderparteitag im Januar verschoben. Verließen die Koalitionsgespräche erfolgreich, würde die Basis per Urwahl über eine Regierungsbeteiligung abstimmen, so Kellner. Der aktuelle Parteivorsitzende Cem Özdemir hat angekündigt, bei der nächsten Wahl nicht mehr antreten zu wollen, eine erneute Kandidatur der Kovorsitzenden Simone Peter gilt als ungewiss. akm

verschmerzen, dass ihn nun sein langjähriger Wegbegleiter Gerhard Papke kritisiert: „Vielleicht ist meine Ernüchterung namentlich über Christian Lindner deshalb so groß, weil ich um seine herausragenden Begabungen weiß“, schreibt Papke, bis 2012 FDP-Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag, in seinem neuen Buch. Lindners Positionen hatte „häufig etwas Flüchtlings an“, er beherrsche die „kunstvolle Inszenierung: ‚Mut‘ nicht als Handlungsprinzip beim Umgang mit herausfordernden Themen, sondern als Element einer stylischen Werbebotschaft“. Nun denn. Und die Konkurrenz? Für Martin Schulz (SPD) ging es in der Umfrage nach unten, bei den anderen Spitzenkandidaten gab es keine großen Veränderungen. Und Joachim Herrmann (CSU) und Alice Weidel (AfD) sind einer Mehrheit der Befragten nach wie vor unbekannt. red



Wegener (l.) mit GSG-9-Kräften 1979

Zeitgeschichte

Geheimaktion in Beirut

Ulrich Wegener, legendärer Gründer der Antiterrorereinheit GSG 9, hat während des Libanonkriegs 1982 heimlich mit den Israelis kooperiert: Sie flogen ihn mit einem Hubschrauber ins besetzte West-Beirut und durchsuchten gemeinsam mit ihm das Hauptquartier des geflohenen PLO-Chefs Jassir Arafat, laut Wegener ein „riesiger unterirdischer Palast“, in dem Arafat in „größtem Luxus“ gelebt hatte. Das erzählt Wegener in einem Erinnerungsband, der im Lit Verlag erschienen ist. Die Israelis seien

in dem Quartier auf Ausbildungspläne der westdeutschen Terrororganisation Rote Armee Fraktion (RAF) gestoßen – ein Beleg dafür, dass RAF-Mitglieder im Libanon ausgebildet wurden. Er habe die Papiere fotografiert und die Aufnahmen anschließend dem Bundesnachrichtendienst überlassen, schreibt der ehemalige Polizeioffizier in dem Buch. Zudem hätten die Israelis Waffen des Rüstungsunternehmens Heckler & Koch präsentiert; ein Abgleich der Seriennummern habe ergeben, dass sie nicht aus der Bundesrepublik stammten, sondern in Lizenz in Spanien hergestellt worden waren. klw